

"Das Saarstatut" in Het Vrije Volk (26. Oktober 1954)

Legende: Am 26. Oktober 1954 schildert die niederländische Tageszeitung Het Vrije Volk die Schwierigkeiten der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Frankreichs, eine Einigung über die Saarfrage zu erzielen.

Quelle: Het Vrije Volk. 26.10.1954. [s.l.]. "Saarstatuut".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/das_saarstatut_in_het_vrije_volk_26_oktober_1954-de-3da568c2-1a0f-4371-bd67-93307e8656c4.html



Publication date: 05/07/2016

Das Saarstatut

In der ehemaligen Amtswohnung von Madame de Maintenon und Madame de Pompadour haben Premierminister Mendès-France und Bundeskanzler Adenauer den Grundstein für ein neues Saarstatut gelegt. Die zwei Damen wussten sich durchaus zu behaupten – vor allem gegenüber Seiner Majestät – und auch den beiden Herren fehlt es nicht an diplomatischem Geschick. Sie mussten unter Hochspannung zu einer Einigung kommen: Mendès-France kann die Londoner Abkommen in seiner Nationalversammlung nur dann durchsetzen, wenn er sie an das Saarland koppelt; ebenso wenig jedoch konnte er es sich erlauben, das Palais Chaillot mit leeren Händen zu verlassen. Adenauer musste einen Mittelweg suchen zwischen den Forderungen des deutschen Nationalismus und der politischen Notwendigkeit, sich die Souveränität Westdeutschlands nicht entgleiten zu lassen – jetzt, wo diese endlich in greifbarer Nähe war.

Beide Regierungschefs hielten nach guter alter Sitte eifrig Rücksprache mit ihren Mandatsträgern. Adenauer holte die Fraktionsvorsitzenden seines Bundestages nach Paris – auch Ollenhauer fehlte nicht – und Mendès-France zog wiederholt sein Kabinett zu Rate, da die Nationalversammlung Sitzungspause hat. Schon ein Beweis dafür, wie viel Gewicht die Saarfrage für die internen politischen Verhältnisse sowohl in Frankreich als auch in Westdeutschland hat. Keiner von beiden, weder Adenauer noch Mendès-France, wollte allein die Verantwortung für die Zugeständnisse tragen, die sie machen mussten. Der deutsche Bundeskanzler hat zumindest erreicht, dass seine eigene Partei hinter ihm steht, der französische Premier wiederum kann sich der Unterstützung seiner Kollegen sicher sein.

Mit dem Saarstatut wird das Bergbaugebiet an der deutsch-französischen Grenze der Westeuropäischen Union unterstellt, die von einem Kommissar in Saarbrücken vertreten werden wird. Dieser Beamte ist dem Ministerrat der neuen Union Rechenschaft schuldig, was die Verteidigung und die Vertretung im Ausland betrifft. Ansonsten bekommt die Regierung des Saarlandes vollständige Autonomie in eigenen Angelegenheiten. Sie wird gewählt, wenn die Saarländer per Referendum über ihr neues Statut entschieden haben. Damit ist so viel von dem Plan von Van der Goes van Naters gerettet worden, wie das nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch möglich war.

Ein Sieg, den Adenauer verzeichnen konnte, ist die Bestimmung, dass das nun entworfene Saarstatut nur gilt, bis ein endgültiger Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen wird. Dieses Zugeständnis der Franzosen hat viel dazu beigetragen, dem Bundeskanzler eine Mehrheit für das neue Saarstatut in seinem Parlament zu sichern. Denn ansonsten zeigte Mendès-France sich unerbittlich in seinen politischen Forderungen, und das nicht ohne Grund. Die deutschen Nationalisten fiebern dem Moment entgegen, in dem sie mit einer großzügig finanzierten „Heim ins Reich“-Propaganda Einzug im Saarland halten können. Sie haben ein Aktionsprogramm aufgestellt, auf dem auch die belgischen und niederländischen „annexionen“ prangen, und sie verfügen über eine Reihe äußerst radikaler Maulhelden. Wenn die Saarländer ihr Statut per Referendum angenommen und auf demokratische Weise ein neues Parlament gewählt haben, dann darf an die Freiheit politischer Propaganda – auch an die der deutschen Parteien – die Anforderung gestellt werden, dass man die selbst gewählte Freiheit der Saarländer respektiert. Es ist verständlich, dass Mendès-France sich scharfe Sanktionen für den Fall vorbehält, dass dieser Respekt einmal in Vergessenheit geraten sollte.

Mit der Saar ist der letzte Stolperstein vor der Unterzeichnung der Londoner Abkommen aus dem Weg geräumt, und sie sind zuletzt noch mit gehöriger Eile bekräftigt worden. So kann noch einiges von dem, was Frankreich durch Jahre des *„Immobilisme“* verpuscht hat, wieder gutgemacht werden. Umso mehr, als die letzte Note aus Moskau keine Zugeständnisse enthält, die irgendeinen Zeitverlust rechtfertigen würden.